

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Bösen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Altric & Co.
Breitestrasse 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Kreisland,
in Breslau b. Emil Rabath.

Breslauer Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Jl. 153.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des deutschen Reiches an.

Freitag, 2. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annone-
Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. T. Danck & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Möller.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1877.

?! Die höheren Unterrichts-Anstalten und die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst.

(Von einem Schulmann eingesandt.)

Die von Sr. Majestät dem Kaiser vollzogene Reorganisation der Kadettenanstalten im Sinne einer strammere wissenschaftlichen Vorbereitung der jungen Leute für den militärischen Berufstand hat zweifellos auch Anordnungen im Gefolge, die die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst berühren, beziehungsweise dieselbe erschweren müssen. Es ist bekannt, daß die Anforderungen für diese Berechtigung seit einem Jahrzehnt immer höher geschaubt sind, und daß von vielen Seiten her Klagen über Unzulänglichkeiten geführt werden, die die jetzt geltenden Vorschriften mit sich führen. Die Mittheilung dieser Zeitung über ein Nachexamen, das mit mehreren jungen Leuten, die zum einjährigen Dienste berechtigt waren, angestellt worden und ein höchst ungünstiges Ergebnis geliefert haben soll, klängt glaublich genug, einmal an und für sich, weil man der wachsenden Missstimmung über schlechte Vorbereitung einmal Folge gegeben haben wird und selbst hat zusehen wollen, in wie weit die Missstimmung berechtigt sei, dann auch in Betreff des ungünstigen Ergebnisses, da es sich um ein Schulwissen handelt, welches bei jungen Leuten nicht so rasch in Fleisch und Blut übergeführt, also auch schnell vergessen wird und sich namentlich bei dergleichen außergewöhnlichen Gelegenheiten äußerst spröde zu zeigen pflegt, zumal wenn die ad hoc Geprüften schon längere Zeit keine Schule mehr besucht haben sollten. Ich will bei dieser Gelegenheit die allgemeine Bemerkung nicht unterdrücken, daß wir überhaupt zu viel Gewicht auf das bloße Schulwissen und seine Bedeutung für den Fortschritt im Leben, in der Kunst und Wissenschaft legen. Das Schulwissen muß wenig oder gar nichts, wenn es nicht alsbald im öffentlichen Leben Rückhalt und Beibehaltung findet, wenn es ein Wissen für die Schule und nicht für das Leben ist, und dafür ist nicht in erster Reihe die Schule, sondern dafür sind die ihr zur Seite stehenden Einrichtungen vorzugsweise verantwortlich. England und Frankreich haben viel weniger Schulwissen, als Deutschland, und doch haben sie viele Vorzüglichkeiten, um die wir sie beneiden.

Wie dem auch sein möge, unsere einjährigen Freiwilligen geben das Material zu den Reserve-Offizieren her, und da ist es keine Frage, daß sie auf derselben Bildungsstufe stehen müssen, wie die Offiziere der Armee überhaupt. Höhere Anforderungen scheinen also gerechtfertigt zu sein. Vielerseits fordert man das Prima-zeugnis, um die Berechtigung zum einjährigen Dienste zu gewähren, bedenkt dabei aber nicht, daß das bürgerliche Leben dadurch sehr stark behindert werden würde, und ebenso wenig, daß man sich die Prima ebenso wohl erzielen kann, wie jetzt die Obersekunda.

Unsere höheren Lehranstalten sind über die ganze Angelegenheit ebenfalls nicht sehr erbaut; sie schleppen Jahr aus Jahr ein eine Masse unschöner Schüler mit sich herum, denen es nicht um das Studium, sondern bloss um das Dienstzeugnis zu thun ist, und müssen ihre befähigten Zöglinge in nicht geringem Grade benachtheiligen. Eine vielfach allzu milde Praxis, sich der unfähigen Elementen zu entledigen, ist dann unmittelbare Folge dieses nach allen Seiten hin verstimenden Umstands, und man kann schließlich so viel reglementieren, als man will, das Nebel wird niemals ganz gehoben werden. Wir Recht behauptet man, daß die Arbeit der höheren Lehranstalten nur am Schlusse des Lehrkurses zur Erscheinung kommen könne, daß alle vorherigen Leistungen nur auf diesen Schluss hinweisen und somit auch bei vorgeztem Abbruch sich als durchaus unzulänglich und geradezu ungenügend darstellen müssten. Man fordert also und gewiß mit gutem Grunde, daß nur das Schlussexamen einer höheren Lehranstalt zu Berechtigungen qualifiziere.

Mit dem wachsenden Wohlstande des deutschen Bürgerthums, und der ist doch trotz aller Not der Zeit nicht in Abrede zu stellen, wird indeß der einjährige Militärdienst für immer weitere oder auch tiefere Kreise ein mittelbares Bedürfniß, mit der Zeit vielleicht so sehr, daß eine Einwirkung auf den Verpflegungsetat der Truppen nicht abgewiesen werden kann. Neuherr und innere Gewandtheit und praktische Tüchtigkeit und Fähigkeit werden neben einem oft unfruchtbaren Schulwissen ihre Ansprüche geltend machen und Berücksichtigung erhalten, die man nur unter großer Schädigung des National-Vermögens verfassen könnte. Es scheint daher ein Riß in die bisherigen Gesetzen zu bestehen. Ich glaube, man wird mit der Zeit zwei Kategorien von Einjährig-Freiwilligen zulassen müssen, zunächst alle Abiturienten höherer Lehranstalten und dann die von besonderen Prüfungs-Kommissionen ad hoc geprüften; erstere bilden den Stamm für die Offiziere, letztere den für die Unteroffiziere und Feldwebel der Reserve, in der Regel wenigstens, da besondere Tüchtigkeit keine Schranken auferlegt werden darf. Dass die sogenannten Preisen dann wieder in größere Aufnahme kommen, ist nicht absolut notwendig, jedenfalls viel weniger schaden bringend, als wenn sich Gymnasiasten und Realschulen mit einer Masse von Schülern herumgeschlagen müßten, die durchaus nicht in ihre Kreise gehören. Ich plaidiere also für den Fortfall der Militärberechtigungs-Bezeugnisse an Sekundaner der gegenwärtigen Gymnasien und Realschulen und für die Beibehaltung resp. Erweiterung der bisherigen Departements-Prüfungskommissionen.

Wie uns ein Privattelegramm meldete, haben die neuesten Berathungen im Staatsministerium sich namentlich mit den durch die Notstände angeregten wirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Es

find zunächst Aufnahmen über den Umfang der vorhandenen Notstände in Berlin und anderen großen Städten angeordnet worden. Ein Artikel der „Nat. Ztg.“ äußert sich über die Lage der Arbeiter in Berlin und über die von der Staatsregierung zunächst zu ergreifenden Maßregeln wie folgt:

Was die Lage der Arbeitervölkerung Berlins anbetrifft, so wird uns in glaubhafter Weise versichert, daß die Zahl der unbefähigten, vergeblich Arbeit suchenden Arbeiter ganz außerordentlich groß sei, und daß in vielen Tausenden von Arbeiterfamilien die Einschränkung des Verbrauchs längst die Grenze überschritten hätte, jenseits welcher die Gesundheit und die Arbeitskräfte durch Entbehrung des zum Unterhalt Notwendigen gefährdet erscheinen. Wir haben aber aus den persönlich vorgebrachten Klagen auch entnommen, daß ein erheblicher Theil der unbefähigten Fabrikarbeiter zu denjenigen klassen gehört, welche erst in den letzten Jahren aus den Kreisen der Feld- und Erdarbeiter zu einer industriellen Beschäftigung übergetreten und eben so bereit wie im Stande sind, bei den öffentlichen Arbeiten an Eisenbahnen, Chausseen, Festungen und dergleichen einzutreten, sobald dieselben nur ein beginnen. Es wird indeß behauptet, daß dergleichen Arbeiten noch immer nicht in Angriff genommen sind, und wir gestehen auch unsererseits, daß wir erst sehr vereinzelt auf eine Nachricht gestoßen sind, durch welche solche Behauptungen widerlegt ließen. Müssten wir dieselben aber als richtig gelten lassen, so scheint es uns hohe Zeit für die Staatsregierung, nunmehr endlich wenigstens dieselben Arbeitsstellen eröffnen zu lassen, bezüglich deren keine anderen Hindernisse im Wege stehen, als die abwartende Haltung der ausführenden Bevölkerung. Aus rein technischen und finanziellen Rücksichten mag sich die Hinausschiebung von Erdarbeiten bis zum Eintritt der besten Jahreszeit empfehlen; bei der jetzigen Lage des Arbeitsmarktes sollten diese Rücksichten jedoch nicht an erste Stelle gelegt werden. Den für Dienstgen, die darben, bringt jeder Tag, um welchen der Beginn der Arbeiten ohne Not verzögert wird, eine Steigerung ihrer Bedrängnis zu Wege. Sobald erst in verschiedenen Gegenden des Landes Arbeiten beginnen, welche einer größeren Zahl von Arbeitern Unterkommen gewähren, wird eine Säbelung unter den Arbeitssuchenden eintreten, durch welche der gespannten Lage eine wesentliche Erleichterung geschafft wird.

Besonders trostlos scheint es nach wie vor im Westen des Staates auszusehen. So berichtet die „Westf. Ztg.“ über den Umfang der Arbeiterentlassungen auf den Westfälisch-Rheinischen Kohlengruben:

Die Belegschaft der Steinkohlenzechen des Oderbergamtsbezirks Dortmund betrug am Schlus des Vorjahrs 80,346 Mann. Davon waren bis Ende J. war 43,5 Main entlassen und zum größeren Theil in ihre Heimat nach Hessen, Röthen, England, Italien u. dergleichen ausgewandert. Am 1. J. war 34,9 Bergarbeiter entlassen, von denen jedoch nur etwa 250 zwangsläufig aus der Arbeit entlassen worden sind.

In Folge dessen hat das „Komité der arbeitslosen Bergleute“ in Dortmund, wie das sozialdemokratische Zentral-Organ „Vorwärts“ meldet, an das Ministerium für Handel und Gewerbe folgende Petition gerichtet:

Seit Anfang des vorigen Jahres hat sich die Geschäftskrise vorzüglich auch in biefiger Gegend in der Montan-Industrie sehr bemerkbar gemacht. Ihren Anfang nehmend mit bedeutenden Lohnreduktionen auf verschiedenen Bezirken und Ausfall der sonst üblichen wöchentlichen Schichten sind seit 3 Monaten Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung, deren Ende noch nicht abzusehen und welche schon jetzt die Zahl von 6000 überdrückt haben und fortwährend im Wachsen sind. Die Not der bei dem allgemeinen Arbeitsmangel abgelegten Bergleute macht sich jetzt bereits in einer Weise fühlbar, welche weder durch die Privatwohlthätigkeit, noch durch die Hilfe der Kommunalbehörden gelindert, geschweige befehligt werden kann. Die Unterzeichniten, zum größten Theil Familienväter, sehen einer trostlosen Zukunft entgegen; ohne jegliche Arbeit und Verdienst sind dieselben außer Stande, weder ihren Privat-Pflichtungen, noch den Pflichten der Gemeinde gegenüber, in welcher sie als steuerzahlende Bürger wohnen. Genüge leisten zu können. Unter solchen Verhältnissen werden außer ihnen eine große Anzahl kleinerer und größerer Geschäftstreibenden, Kaufleute, Bäder, Metzger u. s. w. in Mitleidenschaft gezogen und auch deren Ruin unfehlbar verheiße. Wohl ist es uns bekannt, daß in dem jetzt verflossenen Jahre an verschiedenen Orten unseres Vaterlandes durch außergewöhnliche Naturereignisse die Einwohner schwer haben leiden müssen und gegenwärtig sich noch Tausende in bedrohter Lage befinden, welche der Hilfe ebenso bedürftig sind als wir; aber der ersten Not ist bei ihnen schon teilweise Widerstand geleistet worden, auch scheint dieselbe nicht so intensiv zu sein wie in biefiger Gegend. Daß bei der gegenwärtigen Sachlage im hiesigen Kohlenrevier es großer Mittel bedarf, um dauernd zu helfen, davon sind wir überzeugt; aber wir zweifeln auch keiner Angenick daran, daß die königliche Regierung unseres Landes im eigenen Interesse Alles aufzubieten, was in ihren Kräften steht, um geeignete Maßnahmen zu treffen, einer allgemeinen Verarmung vorzubeugen. Von dieser Überzeugung ausgehend, richten wir die Bitte an die königliche Regierung:

Sobald als möglich durch Ausführung öffentlicher Bauten u. c. der arbeitslosen Bevölkerung Gelegenheit zu bieten, wieder bei ehrlicher Arbeit ihr Brot zu verdienen.

Eine Folge dieser Notlage sind die überhand nehmenden Verbrechen. Die „Westf. Ztg.“ berichtet aus Dortmund u. term 26. Februar:

Eine Bande von 18 Kerlen, welche ihre Gesichter geschwärzt, hat in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in unseren Nachbarorten Destrich und Brüninghausen bei Mengede den Amtmann und eine Anzahl von Bürgern beigebracht und unter Drohungen zur Hergabe von Nahrungsmitteln und Geld veranlaßt. Die Polizei ist den Thätern auf der Spur, hat von denselben jedoch bis jetzt noch keinen dingfest machen können.

Die Fraktion der deutschen Reichspartei hielt, wie schon vorher angekündigt, am Dienstag in Berlin eine sehr zahlreich besuchte Sitzung, in welcher zunächst über den schon mitgetheilten Antrag von konservativer Seite betreffs Fusion der konservativen Parteien berathen wurde. Die Versammlung, welche in Beziehung auf alle Hauptpunkte Einstimmigkeit dokumentierte, einige sich über eine an den Herrn v. Seidenwitz als den Beauftragten seiner konservativen Freunde zu richtende Mittheilung, in welcher eine Fusion, die das Aufgeben der selbstständigen Stellung der deutschen Reichspartei bedingt, abgelehnt wurde. — Die Fraktion konsti-

tuierte sich alsdann, indem die neu eingetretenen Mitglieder definitiv ihren Beitritt erklärten und vollzog die Wahl ihres Vorstandes, in welchen Fürst Hohenlohe-Langenburg, Dr. v. Schwarze und Dr. Lucius und als Schriftführer Graf Fred Frankenberg und Herr Thilo gewählt wurden. Es folgte dann die Wahl des Partei-Ausschusses, durch welche der gleiche Ausschuss der freikonservativen Partei in Berücksichtigung der in der deutschen Reichspartei vertretenen außerpreeußischen Elementen auf ganz Deutschland ausgedehnt wird.

Das Organ der deutschen Reichspartei, die „Post“, macht in einem Leitartikel für die erfolgte Ablehnung der Fusion geltend, daß die deutsche Reichspartei „eine zehnjährige ruhmvolle parlamentarische Geschichte“ hinter sich und im Laufe dieser Zeit „einen meist über ihre numerische Stärke hinausgehenden Einfluß auf die Gesetzgebung und auf die Geschichte des Staates, so weit dieselben von der Mitwirkung der Reichsvertretung abhängig waren“ gehabt habe. Ferner sagt die „Post“:

Die Partei hat durch ihre vermittelnde Stellung zwischen den Liberalen und den Konservativen, wenn auch noch so oft von diesen beiden Seiten angefochten, sehr viel zur Errichtung von praktischen Resultaten beigetragen und, wenn wir nicht irren, würden selbst diejenigen Konservativen, welche sich von freundlicher Gesinnung an gewendet haben, es in späterer Zeit schmerlich bedauern, wenn eine fest gefügte Partei ihre Selbstständigkeit aufzugeben wollte. Eine fruchtbare Vergangenheit trägt die Ultradikat in sich, daß auch die Haltung der Partei in Zukunft in demselben nach allen Seiten verhältnischen Gedanken, von derselben Hingabe für das Staatswohl getragen sein und dadurch stets die Zustimmung Derselben gewinnen werde, welche, über jedes Partei-Interesse hinweg, dieses letzte Ziel im Auge behalten.

Wenn nun auch eine tatsächliche Fusion nicht stattfindet, so wird doch nach Andeutungen, welche die „M. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite erhält, die deutsche Reichspartei „voraussichtlich nicht abgelenkt“ sein, mit der deutschen konservativen Partei bei vielen Anlässen gemeinschaftliche Sache zu machen und vor der Entscheidung über wichtige Fragen zuzusehen, ob sie eventuell mit der neuen Fraktion kooperieren kann. Schon jetzt bestand bei der Wahl der Abtheilungsvorständen ein gutes Verhältnis zwischen den Konservativen und der deutschen Reichspartei, so daß eine gemeinsame konservative Gruppe von 84 Stimmen den übrigen Parteien gegenüber trat.

Die „Nord. Illa. Ztg.“ bringt folgende auf diese Angelegenheit befallliche Notiz:

Zu Folge der Aufforderung vom 22. Februar zur Bildung einer Fraktion der Deutsch-Konservativen hat sich die Zahl der Mitglieder derselben auf 40 erhöht, die definitive Bildung des Vorstandes wird demnächst erfolgen. Die Erklärung vom 22. wurde sofort, nachdem sie beschlossen, der deutschen Reichspartei mitgetheilt, da man es als einen gebotenen Alt der Courtoisie betrachtete, der politisch zunächst stehenden Fraktion von diesem Vorgang Kenntnis zu geben. Bei der Mittheilung war man weit entfernt, die Erwartung zu begreifen, daß dieselbe ihre Selbstständigkeit aufzugeben werde, legte indessen Wert darauf, eine Verständigung in geeigneten Fällen herbeizuführen. Die Rückantwort der deutschen Reichspartei ist dem Vernehmen nach in diesem Sinne erfolgt.

Die Veranlagung der Gebäudesteuer in Preußen 1876.

Nach den fürstlich zum Abschluß gelangten Übersichten über die Gebäude-Verwaltung Preußens im Steuerjahr 1876 waren im ganzen Staate (mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande) 3,425,390 Gebäude gegen 3,380,964 im Vorjahr zur Gebäudesteuer veranlagt. Von derselben befreit waren, 3,782,797 Gebäude, gegen 3,758,018 im Jahre 1875. Der Jahresbetrag der veranlagten Gebäudesteuer betrug 16,649,188 M. und ergab gegen die im Jahre 1875 eingeschlagte Summe von 15,749,997 M. ein Mehr von 899,191 M. Vom Steuerertrag fallen 1876 auf die hauptsächlich zum Bewohnen benutzten Gebäude 15,760,128 M., auf die zu gewerblichen Zwecken verwandten 889,060 M.; die Zahl der ersteren war 3,000,392, die der letzteren 424,998. Für die einzelnen Provinzen erlaubt die folgende Übersicht das Ergebnis der Veranlagung von 1876 mit dem der vorjährigen Einschätzung zu vergleichen. Es wurden veranlagt in den

Provinzen	steuer- pflichtige Gebäude.	steuer- freie Gebäude.	Jahresbetrag der Gebäude- steuer.
Preußen	1875 337,729	424,262	1,210,640
	1876 341,081	427,115	1,232,673
Brandenburg	1875 303,8'9	420,507	3,591,319
	1876 311,504	423,295	4,050,081
Pommern	1875 168,525	201,088	727,313
	1876 167,656	202,989	742,777
Posen	1875 181,816	249,013	591,121
	1876 184,067	252,073	628,455
Schlesien	1875 198,171	635,428	1,823,693
	1876 502,708	637,629	1,912,025
Sachsen	1875 361,758	478,916	1,286,589
	1876 366,954	485,688	1,333,700
Schleswig-Holstein	1875 160,261	107,893	763,812
	1876 161,861	108,544	775,413
Hannover	1875 311,420	258,750	1,007,678
	1876 314,922	260,039	1,041,032
Westfalen	1875 262,055	141,633	968,030
	1876 266,435	142,258	1,011,794
Hessen-Nassau	1875 220,559	248,251	1,092,539
	1876 222,875	249,493	1,131,895
Rheinland	1875 576,811	592,277	2,687,261
	1876 585,328	593,674	2,789,342

In Berlin wurden im Jahre 1876 27,911—15,958 vorzugsweise zum Gewerbebetriebe benutzte — steuerpflichtige Gebäude ermittelt und mit 2,852,794 M. zur Gebäudesteuer eingetragen, während im Jahre 1875 nur 25,677 Gebäude — 15,016 hauptsächlich zum Bewohnen und 10,661 vorzugsweise zu gewerblichen Zwecken benutzt — mit 2,481,777 M. veranlagt waren. Befreit von der Steuer waren in Berlin 1876 nur 1389 und 1875 1239 Gebäude.

Deutschland.

△ Berlin, 28. Februar. Bei Berathung der Gesetzesvorlage wegen Abänderung des Gesetzes über die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds hatte der Reichstag in seiner Sitzung vom 8. Febr. v. J. beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, die nach dem Gesetz von 1873 aufzustellende Bilanz, in welcher der zeitige Kapitalwerth der dem Reichsinvalidenfonds obliegenden Verbindlichkeiten angegeben ist, aufzustellen zu lassen, und dem Reichstage in der nächsten Session vorzulegen. Das Ergebnis der nunmehr angefertigten Bilanzrechnung ist jetzt dem Bundesrath vorgelegt worden und wird voraussichtlich demnächst auch an den Reichstag gelangen. Von dem ursprünglichen Kapital des Invalidenfonds im Betrage von 561,000,000 Mark sind bisher ausgegeben worden 7,430,843½ Mark, so daß 553,569,156½ Mark verblieben sind. Für die Berechnung des zeitigen Kapitalwertes der dem Fonds auferlegten Verbindlichkeiten sind vier Übersichten aufgestellt worden. Es beläuft sich danach der Kapitalwerth der Pensionen für Offiziere, Militärbeamte u. s. w. 137,211,393 M., der Bewilligung für deren Hinterbliebenen 10,555,180 M., der Pensionen für Militärpersonen der Unterklassen 257,096,470 Mark und der Bewilligungen an deren Hinterbliebene 39,338,136 M., zusammen 444,201,179 M. Mithin ist ein Kapitalüberschuß von 109,367,977½ M. vorhanden. Eine andere Art der Ermittelung des Vermögensstandes, diejenige nämlich auf der Grundlage des zeitigen Börsenkurses der Werhpapiere des Reichs-Invalidenfonds, konnte nicht in Anwendung gebracht werden, da die Börsenkurse steten Schwankungen unterworfen sind.

— Während die „Kreuzztg.“ noch gestern der Meinung war, daß Herr Maybach kaum geneigt sein möchte, von seinem Posten als Präsident des Reichseisenbahnamts zurückzutreten, um den eines Unterstaatssekretärs im Handelsministerium anzutreten, bringt bereits der heutige „Reichs- und Staatsanz.“, wie schon bekannt, und zwar unter der Rubrik „Deutsches Reich“ die Entlassung des Hrn. Maybach aus dem Reichsdienst mit der besonderen Formel „in Gnaden“ und gleichzeitig unter „Preußen“ die Ernennung desselben zum Unterstaatssekretär im Handelsministerium. Herr Maybach wird in diesem Ministerium voraussichtlich die Eisenbahn-Angelegenheiten erhalten. Den wahren Charakter dieser Maßregel wird man erst aus den Bestimmungen entnehmen können, welche für die künftige Leitung des Reichseisenbahnenwesens in Aussicht stehen. Wie bekannt, wurden dem bisherigen Präsidenten des Reichseisenbahnamts von Seiten Krupp's für die Übernahme der Leitung der Fabriken desselben ein Gehalt von 30,000 M. angeboten. Es tauchte hierauf wiederholt das Gerücht auf, daß Maybach die so außergewöhnlich günstige Offerte anzunehmen beabsichtigte; allein ebenso häufig wurde dasselbe in Abrede gestellt. Alle diese Meldungen haben nun das hündigste Dementi erhalten.

— Zur kommissarischen Verwaltung des durch das Ableben des Bischofs Dr. Eberhardt vakant gewordenen Bistums Trier in vermögensrechtlicher Hinsicht, ist dem Vernehmen nach der Regierungsrath Böttcher, zur Zeit Dirigent der dritten (Bau-) Abteilung des hiesigen Polizei-Präsidii in Aussicht genommen.

— Der Botschafter z. D. Graf Harry von Arnim hat, wie das „Tgl.“ erfährt, um freies Geleit gebeten, damit er am 4. März zum Termin vor dem Reichs-Disziplinarhof zu Leipzig unbehindert erscheinen könne.

— Man erinnert sich der Mittheilung der „Tribüne“ über den angeblichen Empfang einer Deputation von Industriellen bei dem Fürsten Bismarck. Die Deputation soll nach der „Tribüne“, welche die Thatsache selbst als unansehnlich hinstellte, von dem Fürsten Bismarck in Folge ihrer Klagen über den Finanzminister Camphausen gefragt worden sein, wen sie an Stelle desselben gesetzt zu sehen wünschte, hierauf aber die Antwort schuldig geblieben sein.

Zur Musikgeschichte der Provinz Bosen,

namentlich in Bezug auf Fraustadt und den Fraustädter Kreis,theilt Herr R. M u s i o l in Röhrsdorf bei Fraustadt folgendes mit: Für Schlesien existiren zwei musikalische Geschichtswerke, die schlesischen Tonkünstler-Verfas von K. J. Hoffmann (1830) und Kosmala und Karlo (1844—46), welche sogar auch mitunter einen Blick auf unsere Provinz werfen; natürlich kann diese Ausbeute nicht erschöpfend sein, um so weniger, als erst die neuere Zeit für Posen bedeutungsvoller wurde. Ich weiß nicht, woran es hauptsächlich liegen mochte, daß ein musikalisches Leben in diesem Landstrich nicht recht gedeihen wollte, jedenfalls darf es mit der durch und durch musikalischeren Nachbar-Provinz Schlesien nicht rivalisiren, wenngleich sich einzelne Städte, so Posen, Lissa und Bromberg, in neuerer Zeit auch schlesischen größeren Städten unbedingt an die Seite stellen können, sowohl in Bezug auf musikalische Bildung und Pflege, als auch in Rücksicht auf Gediegenheit der Konzert-Programme.

Wenn auch die Geschichte Posens aus frühesten Zeiten zweier bedeutender Musiker gedenkt: Der hl. Adalbert, erster Erzbischof von Gnesen (geb. 950 zu Prag, seit 996 in Gnesen, 997 auf Veranlassung von Göbenpriestern beim Dorfe Gischhaußen in Preußen erschlagen), welcher für den Dichter und Komponisten des altpolnischen Schlachten gesanges: „Boga rodzica“, so wie einiger tschechischer Volkslieder gehalten wird, und Stanislai de Gneyna (Stanislaus von Gnesen), von dem weiter nichts bekannt ist, als ein Musiktraktat auf der Prager Universität-Bibliothek mit der Jahreszahl MCCCCXXXI, so scheinen diese doch ohne tieferen Eindruck geblieben zu sein. Später wird Thomas Treter (1550–1610) genannt, der als Domherr in Frauenburg starb (geboren war er zu Bojen), Musik und Malerei liebte und in beiden Künsten große Fertigkeiten besaß. Das ist aber auch Alles, was gedruckte Nachrichten über ältere Musiker der jetzigen Provinz Polen melden. Eine allgemeinere höhere Pflege der Musik dürfte wenig stattgefunden haben, was wohl theils in den unruhigen Zeiten, theils wohl auch darin seinen Grund hat, daß unter den sächsischen Königen Dresden die Hauptkulturstätte der Musik geworden war, von wo aus die Musikkapellen nur auf wenige Wochen oder Monate jährlich nach Warschau kamen, wo sich dann wieder alles musikalische und andere Leben konzentrierte. Selbst die Kirchenmusik wurde nicht so wie anderwärts gepflegt, wenigstens nicht die katholische; die wenigen protestantischen Gemeinden hatten, wenn auch besseren, gediegeneren Gemeindegesang, doch zu wenig allgemeinen Einfluß. Volksmusik bestand wohl, blieb aber bis auf die heutigen Tage primitiv; der polnische Bod (ein großer Dudelsack) blieb das Hauptinstrument; eine gewisse Nolle spielte auch die Geige. Tänze und Volkslieder zeigen einen bedenklich feistchen Charakter. So viel des Allgemeinen an dieser Stelle; wenden wir uns jetzt zu Fraustad.

Und da taucht bald eine bedeutende Persönlichkeit auf: sein Kantor an der evangel. Kirche zum Kripplein Christi: Melchior Teschner, der zu Anfang des 17. Jahrhunderts als solcher fungierte und 1613 die prächtige Melodie: "Balæt will ich dir geben" schuf, welche noch heute eine der schönsten protestantischen und lutherischen Melodien ist und auf verschiedene Texte gebraucht wird. Später soll Teschner Pastor in Ober-Britzen bei Fraustadt geworden und auch dort gestorben sein. Erwähnt sei an dieser Stelle auch der fromme und gelehrte Prediger Valerius Herberger (geb. 21.

Kommerzienrath Wolff in Gladbach, der sich schon in den Zeitungen dagegen verwahrt hatte, Mitglied dieser Deputation gewesen zu sein, scheint sich an den Reichskanzler mit der Bitte um Aufklärung über diese Angelegenheit gewandt zu haben. Wie wir der „Gladbacher Zeitung“ entnehmen, hat derselbe nun nachfolgendes Schreiben aus dem Spezialbureau des Reichskanzlers erhalten:

"Ew. Wohlgeborenen werden ganz ergebenst benachrichtigt, daß das von den Fürsten-Reichskanzler gerichtete Schreiben vom 22. d. M. Sr. Durchlaucht vorgelegt worden ist. Das unterzeichnete Bureau ist in der Lage, Ihnen mittheilen zu können, daß der Fürst eine Deputation von Industriellen in den legt verfloßenen acht Monaten und über haupt nicht empfangen hat. Berlin, d. 24. Febr. 1877. Spezialbureau des Reichskanzlers."

— Offiziös wird geschrieben: Die „Magdeb. Btg.“ hat vor einiger Zeit eine Broschüre besprochen, welche die auf Selbstverwaltung bezügliche Gesetzgebung als in einer Krise begriffen darstellte und aus der Thatssache, daß der Verfasser der Schrift ein Regierungsbeamter ist, gefolgert, daß er die in Regierungskreisen herrschende Auffassung vertrete. Diese Unterstellung konnte man auf sich beruhen lassen. Da nun aber die „Magdeb. Btg.“ weiter folgert, daß der Minister des Innern gegen sein eigenes Werk gleichgültig geworden zu sein scheine, so ist doch zu konstatiren, daß die Broschüre, welche Anlaß zu solchen Folgerungen gegeben hat, durchaus nur die individuelle Auffassung ihres Autors anspricht. Der Minister des Innern aber hat wiederholt versichert, daß er sich mehr und mehr in der Überzeugung bestärkt fühle, seine Reform auf wesentlich richtiger Grundlage gestellt zu haben.“

— In der Sitzung des Bundesraths vom 28. Febr. ist endlich wie schon gemeldet der lang erwartete Beschluß über den Sitz des Reichsgerichts gefaßt worden. Die vorhergegangene Verzögerung der Entscheidung ließ ahnen, daß Dinge im Werke waren, die möglicherweise die bisherigen Berechnungen umstoßen und zu einer Überraschung führen könnten. Die Thatsachen haben diese unangegesprochenen Vorahnungen bestätigt. Der Beschluß des Bundesraths ist gegen Berlin, für Leipzig ausgefallen, womit die Sache zu Gunsten der sächsischen Handelsstadt entschieden sein dürfte. Auf eine Differenz mit dem Bundesrat über diesen Punkt wird es der Reichstag schon um der Sache willen kaum ankommen lassen wollen. In

... und bei Güte auch kaum annehmen lassen würden. In derselben Sitzung wurden die Vorschlägen betreffend den Entwurf einer Verordnung über die Schonzeit für den Fang von Robben; die Berechnung des Kapitalwerths der dem Reichsinvalidenfonds obliegenden Leistungen u. s. w.; den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur Durchführung der Kaserne rung des Reichsheeres; endlich den Entwurf einer Verordnung über die Amtskontionen der Übergangsteuer-Erheber z. in Elsaß-Lothringen, an die Ausschüsse verwiesen, und auf den mündlichen Bericht der Ausschüsse für Landheer und Festungen, sowie für Rechnungswezen, der Militär-Estat genehmigt und die Wahl der Kommissarien für die Berathung von Vorschlägen im Reichstage vollzogen. — Von den Etatsarbeiten erübrigte für den Bundesrat nur noch das Etatgesetz.

— Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses gehörte zu den interessantesten, bewegtesten der ganzen, an spannenden Szenen nicht gerade arm zu nennenden Session. Die „Börsen-Ztg.“ schildert den Verlauf wie folgt:

Sowohl vor Anfang der Sitzung machte genuggram überraschen, indem nämlich das bei Kulturspielenbatten übliche Pathos einer weichen Mondscheinstimmung Platz gemacht hatte. Trotzdem sie Alle an dem Streite auf das Lebhafteste betheiligt waren, die Lässer und die Schorlemer, die Birchom und die Schröder, wie die Falts, so überflossen sie doch alle sammt von den mildesten Versöhnungsworten. Von überallher erscholl es: lacht uns Frieden machen. Doch jeder knüpfte sein besonderes Aber als Vorbedingung für dieses läblichen Vorfallses Wollbringung, und so wird es denn wohl noch für eine Weile in der gebräuchlichen Kampfesart weitergehen. Dass Windthorst, die Meppener Perle, nicht mit von der Versöhnungsparcie sein konnte, mochte für alle Diejenigen tief bedauerlich gewesen sein, welche diesen geriebensten

April 1562 und gestorben 18. Mai 1627 zu Fraustadt), der Dichter des Textes obiger Melodie, dessen Leben von Sam. Friedrich Lauterbach (Pastor zu Fraustadt) in zwei Theilen beschrieben und (1708 und 1711) herausgegeben wurde. Beiden, dem Dichter und dem Tonseger, war das Lied ein inniges Gebet in der größten Pestgefahr (1613) und beide entgingen ihr auch. Auch der bekannte große Glogauer Andreas Gryphius (geboren 2. Oktober 1616, gestorben 16. Juli 1664) ist Fraustadt verpflichtet; er besuchte die dortigen höheren Schulen 1633 und 1634, von wo aus er nach Danzig ging. Seit 1647 Landsyndicus von Glogau, muß er oft nach Fraustadt gekommen sein — oder war seine Frau von hier? — denn am 29. Sept. 1649 wurde ihm hier sein ältester Sohn geboren, Christian Gr., welcher am 6. März 1706 als Bibliothekar, Rektor und Professor am Magdalenen-Gymnasium zu Breslau starb und einen Traktat „von den Meistersingern“ hinterlassen haben soll, so wie er auch verdienst-

Erwähnt seien noch Christian Gottlob Hubert, geb. 1714 in Fraustadt, lebte als Orgelbauer und Instrumentenmacher in Bayreuth, seit 1769 in Anspach und hatte als solcher einen großen Ruf. Ein Mechaniker Weidner in Fraustadt soll hier 1810 ein klavierähnliches Instrument erfunden haben, dem er den Namen Triphone gab. Aus neuerer Zeit sei noch des evangelischen Kantors Effenberger gedacht, welcher Weihnachtslieder komponirte und im Druck erscheinen ließ. Er war wohl in den vierziger Jahren in Fraustadt. Gestorben ist er nicht hier (wo?).

Noch ein kurzer Blick in den **f r a u s t ä d t e r Kreis**, wo uns zunächst **L i s s a** beschäftigt. Dort lebten und wirkten: **J o h . H e r m a n n**, geb. 1585 zu Rauden bei Glogau, gest. 1647 als Prediger zu Lissa; er veröffentlichte eine von ihm komponierte Sammlung Gesänge. **S a c a r i a s H e r m a n n**, Pastor und Inspector zu Lissa, geb. 1613 (Sohn des Borigen?), gestorben 1716 als „Senior generalis der vereinigten Kirchen ungeänderter augsburgischer Konfession, in Groß-Polen“; er war Dichter mehrerer Kirchenlieder („Mein Jesu, liebster Menschenfreund“, „Von Dir, o treuer Gott“, „Zu Dir Du Fürst des Lebens“ u. a.). **S a m u e l S c h e l w i g**, geb. 1613 in Lissa, gestorben 18. Juni 1715 als Professor der Theologie in Danzig; ist Verfasser einer „Disputatio de musica“. Der talentvolle **M a x F l e i s c h e r**, geb. 1828 in Lissa, gest. im Mai 1853 in Glogau als Direktor der Singakademie (seit 1850), als welcher **L. M e i n a r d u s** sein Nachfolger wurde. Er studirte Musik in der Königl. Musikschule in Berlin, wo auch Kompositionen von ihm aufgeführt wurden: ein Trauermarsch für Orchester 1846, eine Sinfonie für Orchester 1848 und eine idyllische Kantate für Chor und Orchester. Gedruckt erschien von ihm als Op. 2: An den Mond, Gesangskvintett. Ein Bruder von ihm wirkte, wenn ich nicht irre, verdienstlich als Musikdirektor in Görlitz. Als einer der wichtigsten Gesangsvereins-Dirigenten und besonders verdienstlich um das Musikleben Lissas sei noch genannt der dortige Stadtrath und Organist **Th. S c h e i b e l**, wie auch **Dr. B i e g l e r** daselbst als Verfasser einer kurzen gediegenen Abhandlung über alte griechische Musik und der dortige Hauptmann **E m i l K n o r r** als Verfasser der Schrift: „Entstehung und Entwicklung

Aus Schlichtingheim nennen wir: Sam. Böhner, geb. 3. Ott. 1678 daselbst, gestorben in Gera als tüchtiger Organist und

ller unserer Parlamentarier seit langer Zeit aus eigener Anschauung
ennen zu lernen Gelegenheit gefunden. Indessen diese Episode, so
zunächst sie an sich sein möchte, wurde weit in den Hintergrund ge-
hoben durch die dritte Lesung über den Gesetzentwurf, betreffend die
übernahme einer Staatsgarantie für Berlin-Dresden. Man muß
seuge eines derartigen Vorganges gewesen sein, um ihn in seiner
anen Bedeutsamkeit zu würdigen. Auf den Mienen aller ist die
härfste Spannung zu lesen. Je nachdem eine Gruppe mit Ja oder
Nein stimmt, wechselt hier und da die Stimmung. Endlich verkündet
der Präsident das Resultat der Abstimmung. Die absolute Majori-
tät ist für den § 1 der Regierungsvorlage. Keine Partei freut sich
des Erfolges. Die Freunde des Entwurfs blicken vielfagend nach
dem Ministertisch, mit dessen vier Stimmen der Erfolg eben durchge-
zückt werden könnte. Die Gegner wirrten vor Wuth, daß sie mit
einer Viertel Maßenlänge geschlagen. Wer aber in Wuth ist, läuft
in so leichter Gefahr, Fehler zu begehen, und richtig, Eugen Möh-
lers Antrag auf namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz er-
ties sich als ein solcher. Was kommen mußte, kam; diejenigen von
den Nationalen, welche wie Benda, Dohrn, Burg, Vasker und Andere
den § 1 des Gesetzes verworfen hatten, waren bereits bei erneutem
Plenumsaufruf nicht mehr im Saale oder enthielten sich, augenschein-
lich aus Anger über den Richterschen Kniff, der Abstimmung. So
wurde es denn der Führer Herr Eugen Richter glücklich dahin ge-
bracht, daß die eigene Partei eine sehr empfindliche Niederlage durch
die provozierte zweite Abstimmung erlitt. Der Humor der dramatisch
bewegten Szene war aber erst dadurch zur Geltung gelangt, als
Minister Eulenburg eben nach Schluß der Abstimmung ins Haus
traten war. Das ganze Haus lachte und der Minister that das
gleiche.

Der Richter'sche Antrag auf namentliche Abstimmung erreichte allerdings nicht den gewünschten Zweck, aber nach Lage der Sache war doch die Möglichkeit dazu nicht ausgeschlossen. 384 Mitglieder hatten sich an der Abstimmung betheiligt, und davon stimmten 193 mit Ja, 191 mit Nein. Es war also gerade die absolute Majorität erreicht, und dazu gehörten 4 Minister, die als Mitglieder des Hauses ihre Stimmen abgaben. Da sich einige Abgeordnete u. A. auch Minister Eulenburg entfernt hatten, so hätte die Majorität leicht zur Minorität werden können. Uebrigens hat die "Boss. Sta." Recht, wenn sie schreibt: „Ob das Herrenhaus die Scheinmajorität der Regierung zu verstärken und ob der Bundesrath sich durch das auf solche Weise zu Stande gebrachte Gesetz impunten lassen wird, bleibt zu erwarten.“

— Die „Prov.-Corr.“ schreibt über die Thätigkeit des Landtags: In Folge der Verzögerung, welche die Landtagsarbeiten durch die Schuld der ultramontanen Partei erfahren haben, und um den leidzeitigen Tagen des Landtages neben dem Reichstage nicht über diese Woche auszudehnen, scheint man im Abgeordnetenhaus in die Beratung des im Herrenhause angenommenen Entwurfs in Betreff der Unterbringung und Erziehung verwahrloster Kinder leider nicht mehr eintreten zu können. — Das Herrenhaus wird sich noch mit einem Gesetzentwurfe über die Berlin-Dresdener Bahn, insofern der selbe am Mittwoch (28.) endgültig im Abgeordnetenhaus genehmigt wird, zu beschäftigen haben. Bei aller Bereitwilligkeit des Herrenhauses zur möglichsten Beschleunigung der Arbeiten wird der Schluss der Session hiernach vor Sonnabend (3. März) kaum erfolgen können.

— Der Streit, der bei den Kommissionen gewahlt im Februar ausgebrochen, ist vom fortschrittlichen Standpunkte aus bereits durch unseren Korrespondenten beleuchtet worden. Wie man auf nationalliberaler Seite darüber denkt, ergibt sich aus der „Nat.-Bzg.“, welche schreibt:

Die Deutschen zu den verschwundenen Kommissionen sind noch nicht worden und damit ein neuer Bezug in die Arbeiten des Reichstages gekommen. Wir ver danken denselben dem Wider spruch, den die Fortschrittspartei der Vertheilung der Zahl der Kommissionsmitglieder nach Stärke der Fraktionsmitglieder entgegensezt. Die Konservativen rühnen nach Maßstab ihrer gewachsenen Zahl eine stärtere Bertretung in den Kommissionen in Anspruch; es ist dagegen nichts zu sagen, da die Vertheilung nach arithmetischen Verhältnissen erfolgt. Die Fortschrittsfraktion, die neben den Nationalliberalen die Abgabe an die Konservativen trifft, kann sich aber mit der Thatmach

Juni 1625 zu Schreibersdorf bei Schweidnitz, gest. am 13. Februar 1672 als Antistes zu Schlichtingsheim, der sich als Dichter bezeichnete: „Treuer Gott, laß den Tod mich nicht fallen“, besaß eine mir verfälscht gekommene Nachricht, läßt dar einen hochdeut-

Eine mir persönlich gesommene Nachricht lässt den einst von
ihm bekannten Komponisten Karl Kupinski aus Luschwitz stammen.
Karl den Nachrichten in mus. Lexicas wurde derselbe 1785 in Boj-
owice (Posen) geboren; der russische Kaiser Alexander I. ernannte ihn
1823 zum Kapellmeister; lebte in Warschau, wo er am 18. September
1857 starb; er war bedeutend als Pianist, Dirigent und Komponist
für Kirche, Pianoforte und Oper. Ebenfalls zu Luschwitz lebte
1850–56 der jetzt in Berlin ansässige Komponist und Musiklehrer
Hans Müller, genannt Brahmmüller. Geboren wurde er am
1. Oktober 1839 zu Kröslin bei Döls (Schlesien), wo sein Vater
Kunstmärtner war, der 1846 nach Nietschburg bei Glogau und von da
nach L. zog. Seit 1856 besuchte Brahmmüller das Lehrer-Seminar in
Bromberg, war 1859 Lehrer in Bleschen und ging 1860 nach Berlin.
Seine veröffentlichten Kompositionen (gegen 40 Opus) sind charakter-
voll und zeigen bedeutendes Talent und tüchtige Bildung.

In Kursdorf wirkte zu Anfang der 50er Jahre der ~~re~~
Oberschlesien fungirende königl. Kreisschulen-Inspektor Gujow
Battia als Lehrer und Kantor, der eine Sammlung katholischer
Kirchen-Melodien, ein Requiem für vier Männerstimmen u. a. Werke
musikalischen und pädagogischen Inhalts veröffentlichte.
Ein polnischer Klavier-Virtuose Stanisl. d' Ossowsky lebte
seit 1790 in Wien, wo er 1806 starb. Ob dieser der einst in Körb
dorf ansässiger Herrschaft d'Ossowsky, von der Röhrsdorf mögl.

* In der Affaire der Adelina Patti spielten, wie unsre Leser wissen, auch ihre Edelsteine eine Rolle; die Künstlerin schleuderte eine Handvoll davon ihrem Herrn Gemahl in's Antlitz. Gewöhnlich geht indessen die Diva mit ihren Kleinodien nicht in so ungernter Weise um, sie hütet dieselben vielmehr wie ihren Augapfel und hat das zahllose Heer von Brillanten, Smaragden, Rubinen u. s. w., über welches sie gebietet, nach Farben geordnet. Jede einzelne Schmuckkarritur befindet sich, wie gemeldet wird, in einer kleinen eisernen Kassette, die mit einem geheimen Schlosse und mit einer auf der Außenplatte sichtbar gemachten Nummer versehen ist. Die zahlreichen einzelnen Kassetten, nach den fortlaufenden Nummern aneinander gereiht, werden durch eiserne Stäbe zusammengehalten, welche durch die an den Seitenwänden der Kästen befindlichen Ringe gezogen werden können. Auf der Reise werden diese einbruchssicheren Etuis überzeugt und nehmen einen verhältnismäßig geringen Raum ein. Sobald die Sängerin von ihrer Wohnung im Hotel Beau nimm, werden die kostbaren Kassetten ausgepackt, systematisch übereinander gereiht und in eine leere Kommode geschoben, so daß die hölzerne Inneneinfüllung nur eine veritable, kunstvoll aufgebaute eiserne Armatur für die zahlreichen Riviéren, Sterne und farbenglitzernden Schmetterlinge einschließt, die in den ehemaligen Köpfen schlummern und blitzen, bis die zarten Finger der Diva durch einen geheimen Druck aus ihrer Besitzenschaft befreien, um sie beim Lampenlichte leuchten und sprühen lassen als Gegenstand des Reizes für s' Biele, welche den Welt

rer gesunkenen Stärke nicht auseinander ersezgen. Sie verlangt nun, ob man ihrer Zahl die sämmtlichen Demokraten, Sozialdemokraten und liberale "Wilde" zähle, deren Vertretung ihr als "Oppositionspartei" zufalle. Es ist das eine ganz neue Prätention, die keine andre Partei des Hauses billigt! Wir sehen in diesem Verlangen der Fortschrittspartei, als Patronin der radikalen Opposition aufzutreten, einen neuen Beweis von dem Fortgang die er Partei auf der radikalen Bahn; die Fortschrittspartei scheint in der Wahl, ob sie eine liberale Partei bleiben oder eine radikale werden will, nach der letzten Seite abzuschwenken.

Der Vorwurf des „Abschwenkens“ wird gegenwärtig von jeder der beiden Parteien gegen die andere erhoben. Eine unparteiische Untersuchung dieser gegenseitigen Anschuldigungen ist noch nicht erfolgt, aber wir glauben, daß sie beide Recht haben.

— Das Kultusministerium hat dem Abgeordnetenhouse unlängst eine Nachweisung der infolge des Gesetzes vom 22. April 1875 (des sog. „Brotkorbsgesetzes“) im Etatsjahr 1876 eingestellten staatlichen Leistungen für römisch-katholische Bistümer und Geistliche zugehen lassen. Danach sind von den für die dreizehn preußischen Bistümer im Staatshaushaltsetat pro 1876 ausgeworfenen Ausgaben im Gesamtbetrage von 1,242,872 Ml. gezahlt worden 219,731 Ml. Für die Bistümer Ermland, Culm, Osnabrück, Münster, Fulda, Limburg, Trier, Freiburg waren die Leistungen aus Staatsmitteln theils vollständig eingestellt, theils gelangten davon nur geringfügige Summen zur Auszahlung. Im Erzbistum Gnesen-Posen gelangten von der etatsmäßigen Leistung von 141,027 Ml. nur 69,021 Ml., in der Diözese Breslau von 106,183 Ml. nur 55,926 Ml., im Bistum Paderborn von 84,894 Ml. nur 30,587 Ml., im Bistum Hildesheim 10,586 von 36,241 Ml. und im Erzbistum Köln 33,453 Ml. von 143,669 Ml. zur Auszahlung. Von den etatsmäßigen Leistungen pro 1876 für falb-östliche Geistliche und Kirchen im Betrage von 1,319,671 Ml. sind zur Auszahlung gelangt 189,898 Ml. Von den für die Regierungsbezirke: Berlin, Oppeln, Magdeburg bestimmten staatlichen Leis-

ungen kam mehr als die Hälfte, in den Regierungsbezirken; Bremen, Breslau, Liegnitz fast die Hälfte der etatsmäßigen Leistungen zur Auszahlung. In den Bezirken Gumbinnen, Cöslin, Stralsund, Werseburg, Lüneburg, Wiesbaden waren die Leistungen pro 1876 vollständig eingestellt. Zur Verbesserung der äußeren Lage der katholischen Geistlichen waren pro 1876 im Etat 180,207 M^t ausgeworfen, wovon 52,314 M^t zur Auszahlung gelangten.

Die Agnaten des kurhessischen Thronerben, welche eben das Anrecht auf das Familien-Fideikommiss ver mögen gegenüber dem preußischen Staate in erster Instanz erstritten haben, schätzen das Objekt des Prozesses auf 180 Millionen Mark. Die Kosten, zu deren Tragung der Fidus verurtheilt worden ist, sollen 15,000 Mark betragen. „Aber man macht sich, — bemerkt die „R. 3.“ — im Publikum eine falsche Vorstellung, wenn man glaubt, daß die Agnaten, wenn sie den Prozeß auch in allen Instanzen gewinnen, auch nur einen Heller dafür erhalten würden. Zwischen dem preußischen Staat und dem hessischen Thronerben, Landgraf Friedrich, ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach er auf seine Thronrechte verzichtet und dafür eine sehr bedeutende jährliche Summe erhält, die auf seinen erstgeborenen Sohn übergeht. So lange er männliche Nachkommen hat, haben die Agnaten keinen Anspruch auf das kurhessische Fideikommiss, und wenn sie ihren Prozeß schließlich gewinnen sollten, so würden sie dadurch unmittelbar nichts erlangen, als daß sie bei gewissen Veräußerungen um ihre Zustimmung angegangen werden müssten.

Das Komitee ausgeschiedener Wassengefährten der Armee und Marine zur Übergabe eines Geschenkes bei dem militärischen Dienstjubiläum des Kaisers und Königs am 1. Januar d. J., unter dem Vorsitz des Generals der Infanterie z. D. Hermann von Bittenfeld, hat nunmehr folgenden Rechenschafts-Bericht veröffentlicht: "Unser Aufruf vom 18. Oktober v. J. hat den allgemeinsten Lullang gefunden, so daß nicht allein von vielen innerhalb der preußischen und deutschen Grenzen, sondern auch von im Auslande lebenden Kameraden Beiträge eingesandt sind, deren Gesamtbhöhe die Summe von 65,940 Mark 69 Pf. ergab. Die bearbeitigte Ueber-

— Das pflichtwidrige Verfahren wahrer Fälschungen, welches geeignet ist, einen Irrthum zu erregen, bei einer Belehrung eines rechtswidrigen Vermögensvortheils ist, nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 1. Februar 1877, als die Unternehmung eines altdutschen goldenen Schwertes nebst Adresse und Aufsatz hat daher am 1. Januar d. J. stattgefunden, wie dies bereits in den Tagesblättern berichtet worden ist. Nach Bestreitung aller Ausgaben verblieb ein Überschuß von 42 160 Mark, welchen Se. Maj. der Kaiser und König mittelst Allerhöchster Ordre vom 6. J. Mts. zu selbständiger Verfügung anzunehmen geruht haben. Indem wir dieses Ergebniß zur Kenntniß bringen, bemerken wir gleichzeitig, daß sich das Komitee nunmehr aufgelöst hat.

Bestimmung des Obertribunals vom 1. Februar 1877, als die Verurtheilung wahrer Thatsachen auf Grund des §. 263 des Strafgesetzbuches wegen Betruges zu bestrafen. „Hierbei ist auch nicht erforderlich, daß die Verpflichtung zur Angabe des wahren Sachverhaltes sich als eine rechtlich zwingende oder durch gesetzliche Vorschriften gebotene darstellt, es genügt, wenn, sei es aus der eigenen Handlungsweise des Angeklagten, sei es aus dem Verhältnisse desselben zu Demjenigen, gegen den sich die Handlungsweise des Angeklagten richtet, für den Letzteren eine auch nur moralische Verpflichtung erwachsen war, mit der Wahrheit nicht zurückzuhalten.“

Franzreich.

Der General-Prokurator des pariser Appellhofes will bekanntlich den Chef = Medaiteur des „Pays“, Paul de Cassagnac, wegen „Aufreizung zum Hass“ und zur Verachtung der Regierung der Republik“, wegen „Aufreizung der Bürger zum gegenseitigen Hass“ und wegen „Beleidigung der Kammer und gegen die konstitutionellen Gesetze gerichteter Angriffe“ gerichtlich verfolgen. Die Sprache des „Pays“ ist allerdings von einer Heftigkeit sondergleichen, und es mußte schon lange als eine schreiende Ungerechtigkeit angesehen werden, daß das Parquet gewisse radikale Organe, wie „Les Droits de l’Homme“ bis zur Unterdrückung verfolgte, die honaristischen Schmähungen und Aufreizungen dagegen ruhig gewährten ließ. Freilich haben die Republikaner stets das Prinzip der absoluten Preszfreiheit auf ihr Programm gesetzt und würden sich also ein Dementi geben, wenn sie die Verfolgung des Deputirten Cassagnac wegen Preszvergehen gestatten; sie weisen aber die Beschuldigung der Inkonssequenz eben dadurch zurück, daß sie an die unablosen gegen ihre Organe angestrengten Prozesse erinnern. Gambetta hat erklärt, er werde für den Antrag des General-Prokurators stimmen, „da bei den Massen nur dieser Regierung Ansehen gehe, welche sich Achtung zu verschaffen wisse.“ Der edle Paul de Cassagnac erklärt natürlich in seinem Journale und will auch vor der Kammer

wie sie es bereits zweimal gethan, ihn wiederum freisprechen und ihn so einen neuen Triumph bereiten werden. Wie der Telegraph bereits gemeldet, haben fast alle Fraktionen der Linken und des Zentrums beschlossen, für die gerichtliche Verfolgung zu stimmen und dürft daher dem desbezüglichen Antrage in der Kammer die Mehrheit gesichert sein.

Paris, 26. Febr. In der polytechnischen Schule, der Hauptbildungsanstalt für den Offizierersatz der Spezialwaffen, gab es dieser Tage einige Unruhen. Einer der Böblinge war, wie seinen Kameraden schien, von dem Unterbefehlshaber der Anstalt über behandelt worden und um dasfür Genugthuung zu nehmen, löschten die jungen Leute nach dem Abendessen die Gasflammen im Speisezimmer aus und zertrümmerten Tische, Stühle und Geschirr, damit einen Schaden von 7000 bis 8000 Franks anrichtend; ein Aufseher, der der Kopf in den Saal stekte, wurde in der Dunkelheit leicht verwundet. Am folgenden Tage (Sonnabend) stellte der Kommandant der Schule, General Salencon, eine Untersuchung an, infolge deren ein sergeant-major, der unbefugter Weise für den angeblich beleidigten Böbling Partei ergriffen hatte, degradirt wurde. Nun nahmen sich wieder die anderen sergents-majors ihres Kameraden an, rissen sich ebenfalls einen Galon vom Kragen ab und trugen den Bestrafsten im Triumphhe in der Anstalt herum. — **Victor Hugo** hat am 26. Februar, als an seinem 75.^{en} Geburtstage zwei neue Bände seiner „Légende des Siècles“ herausgegeben. Auf der ersten Seite des ersten Bandes steht statt jeder Vorrede: „Der noch ausstehende Theil der „Légende des Siècles“ wird demnächst erscheinen, wenn nicht das Ende des Verfassers noch vor dem Ende des Buches eintritt. B. H.“ — Die vorliegenden Bände enthalten Episches, wie eine Reihe von Balladen und Romanzen, Lyrisches aller Gattungen von der Ode bis zum Liede und politische Gelegenheitsgedichte (wie: „Les enterrements civils“, „Le Prisonnier“, „Après les Fourches candines“ endlich eine kleine dramatische Arbeit: „Welf, der Rastellan von Ossor.“)

Turkei und Donaufürstenthümer.
Der Frieden zwischen der Rößte und Serbien ist

"Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an die ottomatische Mission in Paris." — Constantinopol. 26. Februar. Wands.

Konstantinopel, 26. Februar, Abends.
Das „Journal des Debats“ beruft sich in seiner Nummer vom 16. Februar bei einer Beipredigung der Ursachen, welche den Sultan Midhat Pascha's herbeigeführt haben, auf eine Behauptung der „Politischen Korrespondenz“ in Wien, wonach die Ungrade Midhat Pascha's seiner Weigerung zuzuschreiben wäre, dem Sultan 500,000 Pf. aus Staatsmitteln zur Verfügung zu stellen, sowie die Hartnäckigkeit, mit welcher er die Ernennung dreier christlichen Gouverneure verlangt habe.

Der Bericht des wiener Blattes, welchem das „Journal des Debats“ diese Informationen entnommen hat, ist gänzlich erfunden. Es ist vollkommen unrichtig, daß der Sultan sich jemals habe unrechtmäßiger Weise (indirekt) fünfhunderttausend Pfund aus den Mitteln des Schatzes zweigen wollen, und daß Midhat Pascha einem solchen Vorhaben entgegengetreten hatte.

Es ist ganz ebenso unrichtig, daß Sr. Württemberg jemals in der Lage gewesen wäre, sich der Ernennung dreier christlicher Generalgouverneure zu widersezen, welche Midhat Pascha ihm vorgeschlagen haben soll. Die Meinungsverschiedenheit oder vielmehr der Konflikt, welcher den Sturz Midhats entschieden hat, hat seinen Ursprung nur in der ganz verschiedenen Art gehabt, in welcher der Sultan und Midhat Pascha die Attribute eines Premierministers auffassten. Dieser Konflikt war schließlich so hervorgetreten, daß die Anwesenheit Midhat Paschas in Konstantinopel ernste Inkonvenienzen und sogar Gefahren für die öffentliche Ordnung darbieten könnte. Daher seine Entfernung.

Dies ist die Wahrheit und die volle Wahrheit. Das europäische Publikum muß heute vollständig über diesen Punkt unterrichtet sein und wir glauben, es genügt, die von der „Politischen Korrespondenz“ behaupteten Thatfachen zu demontieren, um nachzuweisen, daß die auf diesen unrichtigen Behauptungen begründeten Betrachtungen des „Journal des Débats“ jeder Grundlage entbehren.“

Lokales und Provinzielles

Gosen, 1. Mä

— Ober-Postdirektor Schifmann ist auf die Einladung des General-Postmeisters Stephan heute nach Berlin abgereist, um die Einrichtungen der Nobelpost daselbst kennen zu lernen.

r Zur Berathung aus Anlaß des bevorstehenden 50jährigen bischöflichen Jubiläums des Papstes fand heute im Bazaartheater eine polnisch-katholische Volksversammlung statt, über deren Verlauf uns folgendes mitgetheilt wird:

Es waren aus Vorsicht in üblicher Weise zwei Versammlungen polizeilich angemeldet, die eine 12 Uhr Mittags, die andere 2 Uhr Nachmittags, damit, falls die erste polizeilich aufgelöst würde, die Anwesenden bald darauf zu einer neuen Versammlung zusammentreten könnten. Die Anzahl der Anwesenden betrug etwa 1500, darunter wenige Edelleute, zahlreiche Geistliche aus Stadt und Provinz Posen, das Gros der Versammlung, etwa 2/3 der selben, bestand aus Kleinbürgern, Gejellen und Bauern. Da der Saal nicht alle zu fassen vermochte, so batte sich ein Theil der Anwesenden auf den Gallerien, Treppen und Korridoren postirt. — Die Versammlung wurde 12 Uhr Mittags durch den Rittergutsbesitzer Stephan v. Stabelowski eröffnet und zum Vorsitzenden durch Aklamation Roman Fürst Czartoryski gewählt, zu Beisitzern wurden ernannt Adolf Graf Mycienski, Max v. Jackowski, Kreisrichter a. D. Mycienski und der Wirth Bielski aus Niepart. — Als erster Redner trat der frühere Abgeordnete, Rittergutsbesitzer Heinrich v. Krzyzanowski (Könitzewo) auf, welcher in fast einstündiger Rede den Papst nach Kräften zu verherrlichen bemüht war und ihn, anknüpfend an dessen Wahlspruch: Crux de cruce, als einen wahren Kreuzträger bezeichnete. — Propst Dr. Wartenberg erörterte alsdann die Thesen

durch welche sich Papst Pius IX. unsterbliche Verdienste um die katholische Kirche erworben habe: die Festsetzung des Dogmas von der unbefleckten Empfängniß, die Kanonisierung diverser Heiligen, den Erlass des Syllabus und der Encyclika und die Veranstaltung des vatikanischen Konzils, welches die päpstliche Unfehlbarkeit ausgesprochen habe. Nedner beleuchtete also dann den gegenwärtigen Kampf des Protestantismus gegen den Kalbholizismus (nicht des Staates, aber in die Neubegriffe der katholischen Geistlichkeit) und meinte, die Protestanten irrten sich, wenn sie glaubten, der Kalbholizismus sei durch diesen Kampf auch nur im Mindesten geschwächt worden. Die Versammlung beschloß also dann auf Antrag des Nedners die Absendung einer Adresse an den Papst und wählte zur Überreichung derselben beim Jubiläum eine Deputation, bestehend aus dem Fürsten Roman

Gartowksi, Grafen Boltowksi (Miedanow), Stanislaus Rosanski (Padniewo) und Konstantin v. Garnecki. — Als dritter Redner folgte Hintergutbesitzer Adolf v. Koczorowski, welcher vornehmlich die Verdienste beleuchtete, welche sich Pius IX. durch die Befreiung der Unirten in Podlachien erworben habe, und las den vom Papste an den Kaiser von Russland in dieser Angelegenheit gerichteten Brief vor. Die Adresse an den Papst, welche demselben durch die Deputation überreicht werden soll, wurde alsdann verlesen und genehmigt. Lizentiat Borszinski (Briment) sprach ferner die Veranstaltung von Pilgerfahrten nach Rom, zum Jubiläum des Papstes, meinte, die Polen dürften sich davon nicht ausschließen und konzentrierte

die Polen durften sich davon nicht ausschließen, und beantragte in dieser Angelegenheit eine Resolution, welche auch angenommen wurde. Auf Antrag des Rittergutsbesitzers Kazetan v. Morawski, wurde alsdann eine Kommission ernannt, welche sich mit dieser Angelegenheit eingehender befassen soll, in dieselbe wurden unter Anderen der hiesige Dombert Marhanst, Licentiat Pożwinski, Bistar Comtud Fürst Radziwill, die Rittergutsbesitzer Stephan v. Stabłowski, Heinrich v. Krzyżanowski, Adolf v. Kociorowski gewählt. — Als fünfter Redner trat Rittergutsbesitzer Kazimir v. Chłapowski auf, welcher die Sammlung von Beiträgen beantragte, um den Bayst durch ein Geschenk zu erfreuen. Es wurde unter Anderem vorgeschlagen und beschlossen, demselben einige von den Reliquien des h. Adalbert und der Königin Jadwiga (Jadwiga?) von Polen zu übersenden. — Als letzter Redner hielt noch der Bauer Durlak aus dem Kreise Pleschen eine wahrscheinlich von einem Geistlichen verfasste und auswendig gelernte Rede. Zum Schluß wurde ein Hoch auf den ehemaligen Erzbischof Leodegowski ausgebracht und beschlossen, an denselben ein Telegramm abzusenden. — Die Veriammlung, welche 12 Uhr Mittags begonnen hatte, endete 3½ Uhr Nachmittags und verlief ohne Störung.

— **Der Gräfinne Prozess**, bei welcher die ehemalige Vorleser der Philippiner Kongregation in Gostyn, gegen welchen die preußischen Gerichte eine Untersuchung wegen Unterstüzung bezw. rechtswidriger Aneignung ihm anvertrauter Gelder eine Untersuchung eingeleitet haben, ist, wie der „Kurier Poznański“ meldet, trotz dreimaliger Haussuchung in einem bestimmten Hause von Krakau von der dortigen Polizei nicht gefunden worden.

— **Begen Bekleidigung des Propstes Brent** wurden am 27. d. M. wie der „Kurier Poznański“ sich aus Kosten schreiben lässt, drei Drachen-Mäntel in drei verschiedenen Gütern und

der frühere Organist Malick zu drei Wochen Gefängnis und seine neunzehnjährige Tochter zu zwei Wochen Gefängnis verurtheilt.

r. In der Stadtverordneten-Sitzung am 28. Februar waren 29 Mitglieder anwesend. Der Magistrat war durch den Bürgermeister Herse und die Stadträthe v. Chlebowksi, L. Jasse, S. Jasse, Dr. Loppe, Rump, Neumann vertreten. Den Vorst führte Kommerzienrat B. Jasse. Es wird sofort in die Tages-Ordnung eingetreten.

Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Aangelegenheden pro-

Ueber die Entlastung der Rechnung über die Verwaltung
des aus dem Reichs-Invalidenfonds entnom-
menen Darlehen v. 1. Juli 1871 bis 31. December 1876.

Wir beeilen uns hierdurch bekannt zu machen, daß wir den Alleinverkauf unseres Portland-Cement für Posen und Umgegend:

Herrn A. Krzyżanowski in Posen

übertragen haben.

Indem wir uns bei dieser Gelegenheit wiederholt erlauben, die Aufmerksamkeit der Herren Architekten, Baumeister und des bauenden Publikums auf unser weithin renommiertes Fabrikat hinzulenken, garantiren wir für dasselbe ausdrücklich, feinste Mähung, langsames Abbinden und eine absolute (Bog.) Festigkeit.

- a) für reinen Cement von mindestens 25 Ko. pro □ cm. nach 7 und vor 35 Ko. nach 28-tägiger Erhärtung,
- b) für eine Mischung von 1 Gewichtsteil Cement und 3 Gewichtsteile Sand, von 6 Ko. nach 7 und 10 Ko. nach 28-tägiger Erhärtung pro □ cm.

Zur Controle haben wir auf dem Comptoir des Herrn A. Krzyżanowski einen Frühling-Michaelis'schen Normal-Apparat nebst Formen zur Anfertigung von Proben aufgestellt.

Schlesische Actien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation in Großschönau bei Oppeln.

Zu zunehmend auf obiges Inserat empfiehlt sich geehrten Aufträgen.

A. Krzyżanowski, Gerberdamm Nr. 1.

Schlesische Wollwasch-Anstalt A. G., Grünberg i. Schl.

empfiehlt sich zum Waschen im Schmutz geschorener Wollen, und übernimmt kommissionsweise den Verkauf der gewaschenen Wollen. Im Jahre 1876 hat die Anstalt ca. 8000 Et. Wollen gewaschen, und hat alle ihr zum Verkauf überwiesenen Wollen zu konjunkturmäßen Preisen verkauft, so daß sie gestützt darauf auch ferner ihren werthen Auftraggebern eine günstige und glatte Abwicklung ihrer übertragener Geschäfte zusichern kann. Alle uns zugefandene Wollen lagern in der Anstalt franco. Lagergeld und gegen Brand- schaden versichert.

Königin Louise-Verein.

Um begabten unbemittelten Kindern aus den Volks- und Mittelschulen der Provinz Posen in einem ihrer Anlagen und Fähigkeiten entsprechendem Berufe bis zu ihrer Selbstständigkeit Bestand zu leisten, hat sich in Veranlassung des hundertjährigen Geburtstages der hochseligen Königin Louise der

Königin Louise-Verein

gebildet. Der unterzeichnete Vorstand desselben wendet sich nunmehr an die Bewohner der Städte und des platten Landes der Provinz mit der dringenden Bitte, durch Beitritt und Sammlungen die Zwecke des Vereins fördern zu helfen, und bemerkt hierbei, daß die Herren Landräthe, Direktoren, Superintendenten, Kreischulinspektoren ersucht worden sind, in den betreffenden Kreisen zu Komites zusammenzutreten, um Beitragsklärungen entgegen zu nehmen.

Nach § 3 des Instituts wird die Mitgliedschaft des Vereins durch einen jährlichen Beitrag von mindestens 1 Mark erworben.

Nur durch die allgemeine Beteiligung und den hierdurch bedingten, reichlichen Zufluss an Mitteln kann dem täglich und fast aller Orten hervortretenden Bedürfnis nach einer die unzulänglichen Mittel des elterlichen Hauses ergänzenden Unterstützung in wirklicher Weise genügt werden.

Möge das Bestreben des Vereins die wärmste Teilnahme finden und werthältige Beile des Vereins folgen.

Posen, den 20. Februar 1877.

Der Vorstand des Königin Louise-Vereins.

Dr. Dillmar.

Regierungsrath, Vorsitzender, Regierungsschulrat, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Gensichen, Kroschel.

Kreisstuerereinnehmer, Rendant. Prov.-Feuer-Sch.-Schriführer.

Max Kaniorowicz, Dr. Geist.

Kaufmann, Stellvert. des Schriftführers. Direktor der Realschule.

Gericke, P. Jolowiczen.

Mitarbeiter der Mittelschule. Kaufmann.

Türk,

Hauptmann und Komp. Chef im 46. Inf.-Regt. Buchhändler.

Silesia, Verein chemischer Fabriken zu Saarau (Stat. d. Bresl.-Freib. Bahn), Breslau (Schweidn.-Stadtgr. 12) und Herzendorf (a. d. schles. Geb.-B.).

Unter Gehalts-Garantie offerieren wir unsere bekannten Dünger-Präparate sowie die sonstigen gangbaren Dungmittel. Proben und Preis-Courants auf Verlangen franco.

Aufträge zu Fabrikpreisen übernimmt Herr Hermann Mirels in Wreschen.

Silesia, Stowarzyszenie chemicznych fabryk w Saarau (Stacya kolei żelaznej Wrocławsko-Fryburskiej), we Wrocławiu (Schweidnitzer Stadtgraben 12) i w Herzendorf (nad szląską koleją górną).

Pod gwarancją zasobności ofiarujemy znane nasze preparaty nawozowe, jako też najużywane nawozy.

Zlecenia przyjmuję po cenach fabrycznych pan Hermann Mirels w Wrześni.

Dont. Sarbinowo bei Beste Oberschl. Stein-Schwerseng verkaufst 4 gute Buggößen.

1. 2000 bis 3000 Et. Roth-Kartoffeln sind in Dom. Gr. Sepno Nr. 1. (francos Kosten), zu verkaufen.

2. Dasselbe Dominium hat 40 Southdown's - Mast-Hammet zu verkaufen.

Drei-jährige Spargel-Pflanzen einer vorzüglichen Ulmer und Erfurter Sorte empfiehlt die landwirtschaftliche Saamenhandlung von A. Wierzbicki, Gnesen.

Leipziger Str. 97.

Ein fast neuer Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.

Bott.-Compt. von Schreck, Berlin.

Ein fast neuen Destillir-Apparat mit Heber und Kübler

— Blase 1277 Et. Inhalt — ist zu verkaufen. Besitzer wollen ihre Adr. unt. B. A. i. d. Exped. d. Blattes abgeben.

Lott.-Loose 4 Kl. Drig. 1/23 Thaler, in Anth. 1/19 Thaler, 1/8 9/8, 1/8 4/8, 1/8 2/8, 1/8 1/2 vers. das erste und älteste Bier.